

UNO-Gipfel greift harte globale Fragen auf

Eine historische Zahl von Staats- und Regierungschefs wird in diesem Monat bei den Vereinten Nationen in New York erwartet. Sie stehen vor der Chance, die sich vielleicht nur einmal in einer Generation ergibt, weitreichende Entscheidungen zur Beendigung der Armut, zur Förderung der Menschenrechte, zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Unterstützung von Ländern beim Wiederaufbau nach tödlichen Konflikten zu treffen.

Der vom 14. bis 16. September stattfindende Weltgipfel 2005 wird sich auch mit einer Reform der gesamten Organisation befassen, um ihre Arbeit in aller Welt wirksamer und effizienter zu machen. Mehr als 170 Staats- und Regierungschefs haben ihre Teilnahme angekündigt. Der Gipfel wird daher aller Wahrscheinlichkeit nach das größte jemals abgehaltene Treffen von Staatsoberhäuptern und Regierungschefs werden.

Die Herausforderung könnte größer nicht sein. Weit mehr als eine Milliarde Menschen lebt immer noch in extremer Armut; 20.000 Menschen sterben täglich, obwohl ihr Tod verhinderbar gewesen wäre. Der Terrorismus macht vor keinem Teil der Welt, ob arm oder reich, halt - und das angesichts der Gefahren der Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen. Große Teile der Menschheit sind von Bürgerkriegen betroffen und Menschenrechte werden weiterhin in aller Welt verletzt.

Die Staats- und Regierungschefs werden auf dem Gipfel in der Generalversammlungshalle Erklärungen zu globalen politischen Fragen abgeben. Diese Sitzungen werden gemeinsam vom Staatspräsidenten Gabuns, Omar Bongo Ondimba, und dem schwedischen Ministerpräsidenten Göran Persson im Namen der beiden Länder geleitet, die den scheidenden und den neuen Generalversammlungspräsidenten stellen. Ein eigener Abschnitt des Gipfels gibt am 14. September Ländern und regionalen Gruppen Gelegenheit, Zusagen oder innovative Vorgangsweisen zur Bekämpfung der Armut und zur Erreichung der Entwicklungsziele anzukündigen.

Die Staats- und Regierungschefs können im Rahmen eines wichtigen Events während des Gipfels auch internationale Übereinkommen unterzeichnen, ratifizieren oder diesen beitreten. Die 32 Verträge, die in diesem Jahr im Mittelpunkt dieses Events stehen (*siehe Hintergrundinformation*) spannen einen großen Bogen über die auf dem Gipfel angesprochenen Themen und reichen von Menschenrechts-, Flüchtlings- und Strafrechtsfragen über Terrorismus, organisierte Kriminalität und Korruption, bis zu Umwelt- und Abrüstungsfragen. Das vor kurzem angenommene Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung von Akten des Nuklearterrorismus wird auf dem Gipfel offiziell zur Unterschrift aufgelegt.

Der Weg zum Gipfel

Zu den Vorschlägen, die von den nationalen Delegationen in Vorbereitung auf den Gipfel beraten wurden, zählen die Schaffung eines neuen Menschenrechtsrates, der die Glaubwürdigkeit der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der Menschenrechte wiederherstellen soll; die Einsetzung einer neuen Kommission für Friedenskonsolidierung, die bei der Stabilisierung von Ländern nach der Beendigung von Konflikten helfen soll; sowie Maßnahmen zur Verbesserung des Managements und der Rechenschaftspflicht in allen Bereichen der Organisation.

Die Verhandlungen fanden unter der Leitung von Generalversammlungspräsident Jean Ping (Gabun) statt. Ziel der Gespräche war die Einigung auf ein Abschlussdokument, das u.a. zu einem umfassenden Übereinkommen gegen Terrorismus, sowie zu Maßnahmen zum Schutz von Zivilpersonen vor Völkermord, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit führen soll.

Bei den Verhandlungen bemühte man sich auch um einen Konsens über weitere Maßnahmen zur Bekämpfung der absoluten Armut, die bis zum Jahr 2015 um die Hälfte reduziert werden soll. Seit der auf dem Millenniumsgipfel 2000 erfolgten Verabschiedung der Millenniums-Entwicklungsziele auf den Gebieten der Gesundheit, des Umweltschutzes, der Trinkwasserversorgung und der Frauenrechte haben die Staaten an der Umsetzung dieser Ziele gearbeitet. Die Bemühungen zur Linderung der Armut haben durch neue wichtige Hilfszusagen, vor allem seitens der Länder der Europäischen Union, und den Nachlass von \$ 40 Milliarden Schulden in den armen Ländern, der in Vorbereitung zum Weltgipfel auf einem Treffen der G-8 im Juli angekündigt wurde, neuen Auftrieb erfahren.

Im Brennpunkt des Interesses stehen auch Reformen zur Stärkung der Menschenrechtseinrichtungen der Vereinten Nationen. Neben einem neuen Menschenrechtsrat, der an die Stelle der in Mißkredit geratenen Menschenrechtskommission treten soll, befassen sich die Delegationen mit Vorschlägen zur Aufstockung des Haushalts und der Kapazität des Büros des Hohen Kommissars für Menschenrechte.

Auf dem Tisch liegen auch Reformvorschläge für alle wichtigen Teilbereiche der Vereinten Nationen – einschließlich der Generalversammlung, des Wirtschafts- und Sozialrates sowie des Sekretariats. Die Frage der Erweiterung des Sicherheitsrates wird ebenfalls weiter diskutiert, allerdings steht zu erwarten, dass entscheidende Aspekte dieser Reform erst nach dem September-Gipfel beigelegt werden können.

Neben der Abgabe formeller Erklärungen in der Generalversammlung werden die Staats- und Regierungschefs auch zu einer Reihe informeller Diskussionen zusammentreffen. Dafür sind u.a. vier interaktive Runde Tische vorgesehen, die sich jeweils mit mehreren Themen des Gipfels auseinandersetzen werden.

In zahlreichen weiteren informellen Veranstaltungen, die von verschiedenen Regierungen, Sonderorganisationen, Fonds und Programmen der Vereinten Nationen sowie von nichtstaatlichen Organisationen am Sitz der Vereinten Nationen und in nahegelegenen Gebäuden durchgeführt werden, will man sich bemühen, die Debatte über die Gipfelthemen voran zu bringen. *(Nähere Angaben über diese Veranstaltungen finden Sie auf der Webseite des Gipfels.)*

* * * * *